

Frankreich

Florence Deloche-Gaudez / Christian Lequesne

In Frankreich war Europa in aller Munde. Am 14. Juli 2004 kündigte Staatspräsident Jacques Chirac das Referendum über den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ an. Mehr als ein Jahr lang hatte es die politische Tagesordnung in Frankreich dominiert. Die Sozialistische Partei war in dieser Frage gespalten und führte im Dezember 2004 ein internes Referendum durch. Diese Befragung rief echtes Interesse hervor und zog lebhaft Debatten nach sich: 80 % der aktiven Parteimitglieder nahmen teil; sie stimmten dem Verfassungsvertrag mit beinahe 59 % zu. Anfang 2005 musste die französische Verfassung geändert werden, um die Anwendung einiger Punkte der Europäischen Verfassung umzusetzen. Anfang März kündigte Jacques Chirac dann das genaue Datum für das Referendum an.

Zwei Wochen später ergab eine erste Umfrage einen negativen Ausgang der Abstimmung.¹ Daraufhin kam nach und nach eine „Dynamik des Nein“² in Gang, getrieben durch den Glauben der Franzosen an einen möglichen Sieg des Nein. Am 29. Mai 2005 erreichte sie mit der Ablehnung der Europäischen Verfassung mit 54,9 % der abgegebenen Stimmen ihren Höhepunkt. Die hohe Wahlbeteiligung (69,4 % der eingetragenen Wähler) erreichte beinahe die des Referendums über den Vertrag von Maastricht im September 1992. Noch nie zuvor war ein Referendum in Frankreich mit einem so starken Nein abgeschmettert worden. Es war ebenfalls lange her, dass eine Wahl im französischen Volk eine derart kontroverse Debatte ausgelöst hatte. Sogar die Familien in Frankreich seien seit der berühmten „Dreyfus-Affäre“ in ihren politischen Ansichten nicht mehr so gespalten gewesen – selbstverständlich eine Übertreibung.

Wenn man bedenkt, dass Beratung und Debatte einen wesentlichen Bestandteil der Demokratie darstellen, dann hatte das Referendum vom 29. Mai durchaus eine positive Wirkung. Es führte eine echte gesellschaftliche Debatte zur Innenpolitik herbei, aber auch zu Europa. Hier konnte man ein leichtes „Unwohlsein“, eine „Malaise“, der Franzosen beobachten.

Ein Referendum, das innenpolitische mit europäischen Erwägungen vermischt

Ob sich das Votum mehr auf die Innenpolitik oder auf europäische Fragen bezogen hatte kann kaum genau festgestellt werden. Wie immer bei Referenden zum Thema Europa sind beide Themen eng verknüpft. Europa wurde von der nationalen Politik instrumentalisiert, bis zu dem Punkt, an dem die Wähler in ihrer Wahrnehmung und ihrer Wahl nicht mehr klar zwischen beiden Themen unterscheiden können.³

Wer stimmte mit Ja und wer mit Nein? Umfragen bei den Wählern nach dem Verlassen der Wahllokale erlaubten die Feststellung grober Tendenzen im Abstimmungsverhalten der

Übersetzt aus dem Französischen von Lisa Förster.

1 CSA-Umfragen, unter: <http://www.csa-fr.com/fusioncharts/referendum/referendum.html>.

2 Pascal Perrineau: „Le référendum français du 29 mai. L'irrésistible nationalisation du vote européen“, in: *Le vote européen. De l'élargissement au référendum*, Paris, Presses de Sciences Po, 2005.

3 Christian Lequesne: „La construction européenne encourage-t-elle le référendum?“, communication à la conférence au CEFRES über „la citoyenneté démocratique en Europe“, Prag, April 2005, verfügbar unter: www.cefres.cz

Franzosen am 29. Mai 2005.⁴ Nach Altersklassen betrachtet sagte vor allem die Altersgruppe von 18-59 Jahren Nein. Bei den 35-44-Jährigen (61 %) und den 45-59-Jährigen (62 %) fiel es besonders stark aus, d.h. bei den im Berufsleben stehenden Personen und denen, die sich dem Rentenalter nähern. Die Altersgruppe von 60-69 Jahren stimmte hingegen überwiegend mit Ja (56 %), noch mehr jedoch die über 70-jährigen (58 %). Die Soziologen bieten kaum Erklärungen für dieses positive Votum der vor 1945 geborenen Franzosen zur Europäischen Verfassung. Sicherlich kann dieses Abstimmungsverhalten auf mehrere Faktoren zurückgeführt werden: Diese Altersgruppe fürchtet eine wirtschaftliche Instabilität mit Auswirkungen auf ihren privaten Bereich weniger als die jüngeren Generationen: Ein relativ hohes Rentenniveau beschert einigen Rentnern in Frankreich einen höheren Lebensstandard als während ihrer Erwerbstätigkeit. Hinzu kommt, dass die während oder vor dem Zweiten Weltkrieg geborene Generation der Friedensidee hinter dem gemeinsamen Europa stärker anhängt.

Die Analyse nach sozialen Schichten und Berufsgruppen zeigt im Vergleich zum Referendum über den Vertrag von Maastricht eine stärkere Präsenz sowie eine Zunahme des ablehnenden Votums in allen Schichten und Berufen. Lediglich Führungskräfte und die freien Berufe bilden eine Ausnahme: Sie stimmten mehrheitlich mit Ja (65 %). Das Nein ist bei Arbeitern (79 %) und Angestellten (67 %) besonders stark vertreten. Es nahm im Vergleich zu Maastricht in der unteren Mittelklasse stark zu (53 % gegenüber 38 %). Die Unzufriedenheit im Hinblick auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Raffarin spielte hier eine entscheidende Rolle. Eng hiermit verbunden ist auch die Wahrnehmung eines in wirtschaftlicher Hinsicht allzu liberalen Europa, das den Wohlfahrtsstaat bedroht, vor allem im Lager der traditionellen Linkswähler. Die Tatsache, dass die Angestellten im Öffentlichen Dienst häufiger mit Nein gestimmt hatten als die Angestellten von Privatunternehmen (64 % im Vergleich zu 56 %), nährt eine weitere Befürchtung: Man fürchtet die Einführung der privatwirtschaftlichen Regeln im Öffentlichen Dienst und damit einen Verlust der sozialen Identität in Frankreich. Die Landwirte stimmten zu 70 % mit Nein. Dies scheint eher paradox in Anbetracht der 40-jährigen Großzügigkeit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) im Hinblick auf Frankreich, erklärt sich jedoch in Zusammenhang mit der Angst vor dem Verlust zahlreicher Subventionen im Rahmen einer auf 25 Mitgliedsstaaten erweiterten Union und der Aussichten für den Haushalt 2007-2013.

Es besteht ein direkter Zusammenhang zwischen Ausbildungsniveau und Abstimmungsverhalten. Die Wähler mit niedrigeren Schulabschlüssen stimmten eher mit Nein, wohingegen Abiturienten zu einem Ja neigten. Je besser der Abschluss, desto wahrscheinlicher das Ja. Im Abstimmungsverhalten der Franzosen kann man einen immer wiederkehrenden Trend beobachten. Die an den Bildungsabschluss gekoppelte wirtschaftliche und soziale Lage kann nicht allein als Erklärung dienen. Hinter dem Begriff Bildung verbirgt sich eine Skala universaler Werte: Je höher der Bildungsabschluss, je häufiger die Auslandsreisen, desto eher ist man geneigt, der kulturellen Vielfalt bzw. der Öffnung mit Akzeptanz der Andersartigkeit im Projekt Europa etwas Positives abzugewinnen.

Der Unterschied zwischen Stadt und Land war in der Verteilung des Ja und des Nein nicht deutlich, auch wenn Paris und eine bestimmte Zahl der großen Städte mit über 300 000 Einwohnern (Lyon, Rennes, Nantes, usw.) mehrheitlich mit Ja stimmten. Doch die regionalen Unterschiede stecken voller Überraschungen. Die Départements der Bretagne

⁴ Wir zitieren hier hauptsächlich die IPSOS-Umfrage bei den Wählern nach Verlassen der Wahllokale mit 3 355 Personen im Wahlalter vom 29. Mai 2005, unter: www.ipsos.fr

(mit Ausnahme der Côtes d'Armor) und der Pays de Loire (die Vendée als „Heimat“ des rechten Souveränisten Philippe de Villiers eingeschlossen) stimmten ebenfalls mehrheitlich mit Ja. In diesem positiven Abstimmungsergebnis spiegelt sich das Erbe der katholischen Tradition in diesen Regionen wider, in denen die christliche Demokratie früher sehr stark verwurzelt war, und die sich offen für Reformen zeigten, aber dem Extremismus verschlossen gegenüber standen. Es ist kein Zufall, dass die extreme Rechte in diesen Regionen nie einen echten Durchbruch erreichen konnte. Insbesondere der Front National gelang dies zu keinem Zeitpunkt ein echter Durchbruch. Das Ja hatte in den Départements Bas-Rhin (Elsass) und in Hochsavoyen (Alpes) ebenfalls eine Mehrheit. Dort muss man das Votum vor allem als Ausdruck einer Wählerschaft sehen, die mehrheitlich der derzeitigen Regierung und Präsident Jacques Chirac anhängt.

Das Kriterium Parteipolitik zeigt, dass das Nein bei den traditionellen Wählern der extremen Rechten und der Rechtsnationalen massiv ausfiel: 93 % bei Wählern aus dem Umkreis der Front National und 75 % der Wähler, die dem Mouvement pour la France von Philippe de Villiers nahestehen. Dieses Nein der Rechten und der extremen Rechten stützt sich auf die klassischen Argumente: Gegen die Öffnung der Grenzen, gegen die Freizügigkeit im Personenverkehr, den wirtschaftlichen Wettbewerb und vor allem gegen den Beitritt der Türkei aus kulturellen Gründen.

Bei der Linken fiel das Nein bei den Anhängern der extremen Linken besonders massiv aus (94 %), sowie bei den Kommunisten (98 %), aber auch bei den Grünen (60 %) und der Sozialistischen Partei (56 %). Im Vergleich zum Referendum über den Vertrag von Maastricht war dieses mehrheitliche Nein der Wähler der Sozialistischen Partei von entscheidender Bedeutung für das Endergebnis. Es wurde durch die Entscheidung einiger Führungspersonen der Sozialisten genährt, wie Laurent Fabius oder Henri Emmanuelli, die für ein Nein geworben hatten – trotz dem Eintreten des Generalsekretärs der Partei François Hollande für ein Ja – nachdem sich 59 % der Parteimitglieder in einem internen Referendum im Dezember 2004 dafür ausgesprochen hatten. Dieses Nein zeigte, dass die Wähler der Sozialistischen Partei in Frankreich nicht alle dem sozialdemokratischen Europa-Modell auf Grundlage einer regulierten Marktwirtschaft anhängen. In der linken Tradition in Frankreich wird dies als Erbe des Marxismus und des Trotzismus betrachtet. Nach wie vor sind diese Kreise der Ansicht, die Marktwirtschaft an sich sei ein schlechtes System und man müsse eine Alternative zur Planwirtschaft erfinden, die in den ehemaligen Ostblockstaaten ihre Bewährungsprobe nicht wirklich bestanden hatte. Letztere hat selbstverständlich nichts mit dem dritten Weg von Tony Blair gemein, dem herausragenden Symbol für diesen Teil der linken Wählerschaft für den „Sozialverrat“. Das Hegen und Pflegen der „französischen Ausnahme“ als Art des Widerstands gegen den „bösen“ angelsächsischen Kapitalismus (und in diesem Punkt mit Präsident Chirac einer Meinung), verteidigte dieser kleine Teil der Sozialistischen Partei zusammen mit einem Teil der Grünen, der Kommunisten und der extremen Linken die Vorstellung, dass ein französisches Nein zu einer Neuverhandlung des Verfassungsvertrages führen müsste, mit mehr sozialen Elementen für das Wohlergehen Gesamteuropas. Diese Kampagne stützte sich weitgehend auf die Bewegung der Globalisierungsgegner, insbesondere den ATTAC, der gegen die liberale Globalisierung Front machte und sein Hauptthema seit vielen Jahren, das alte Klischee eines durch die internationale Finanzwelt organisierten Komplotts gegen den sozialen Fortschritt, wieder aufwärmt.⁵

⁵ Eric Agriloliansky / Olivier Filleules / Nonna Mayer (Hrsg.): *L'altermondialisme en France*, Paris, Flammarion, 2005.

Das mehrheitliche Ja bei den Wählern, die der Regierungspartei Union pour un Mouvement Populaire (UMP) nahe stehen (80 %) und in geringerem Maße (76 %) bei denjenigen der Union pour la Démocratie Française (UDF), der Zentrumsparterie von François Bayrou, der, ohne sich bedingungslos den Positionen der Linken anzuschließen, nicht Teil der Regierung ist und nicht zögert, die Wirtschafts- und Sozialpolitik manchmal heftig zu kritisieren. Die Tatsache, dass 24 % der UDF-Wähler mit Nein gestimmt haben, mag in Anbetracht der christlich-demokratischen und föderalistischen Tradition der Partei erstaunlich erscheinen. Die traditionellen UDF-Wähler bemängeln jedoch zwei Kritikpunkte: Einerseits eine Europäische Verfassung, die in der Frage der Vertiefung nicht weit genug gegangen war, sowie in Bezug auf die Erweiterung, insbesondere den Beitritt der Türkei, der eine Verwässerung des Acquis der Gründerväter bedeuten würde. Seit zehn Jahren gibt es in Frankreich bei den traditionellen Europa-Anhängern eine neue Kategorie der Skeptiker: Sie sind der Meinung, eine Erweiterung ohne eine parallel dazu ablaufende starke Vertiefung stelle eine Flucht nach vorn dar, die fatale Auswirkungen für die Union haben könnte, indem sie sie in eine Freihandelszone verwandelt, sozusagen in eine „Mini-UNO“.⁶

Nationales und europäisches Votum

Je nachdem, ob die Wähler mit Ja oder Nein abgestimmt hatten, segneten sie die Innen- oder Europapolitik ab. Eine Umfrage des CSA-Instituts zeigt, dass 82 % der Wähler, die mit Ja gestimmt hatten, dies aus der Überzeugung taten, „eher an den Bau Europas gedacht“ zu haben, während für 52 % der Wähler, die mit Nein gestimmt hatten, die nationalen Probleme im Vordergrund standen.⁷ Diese nationale Fokussierung der Ablehner – aller politischer Couleur mit Ausnahme der Wähler der UMP – drückt zunächst die Unzufriedenheit im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziale Situation des Landes aus, insbesondere mit der hohen Arbeitslosigkeit (52 %). Doch die innenpolitische Unzufriedenheit hängt mit der Vorstellung zusammen, dass sich Europa in wirtschaftlicher Hinsicht zu liberal zeigt und für einen Teil der „Nein-Sager“ der Linken eine Ablehnung die Möglichkeit bietet, den Text neu zu verhandeln. Zudem war das Nein der Linken, wie der Rechten nicht ganz frei von fremdenfeindlichen Spannungen. Das Louis Harris Institut fand heraus, dass 67 % der Wähler mit Nein gestimmt hatten, die der Auffassung sind, es gäbe zu viele Ausländer in Frankreich.⁸ Bei der extremen Rechten wie Linken war die Nichtzustimmung zu einem Beitritt der Türkei unter den Anhängern des Nein nicht zu vernachlässigen. Die Osterweiterung um die Staaten in Mittel- und Osteuropa spielte ebenfalls eine Rolle bei den Wählern der Rechten wie der Linken. Sie sind der Meinung, in den neuen Mitgliedsstaaten herrsche ein zügelloser Liberalismus, der mit Standortverlagerungen und Sozialdumping konkurrenzfähig sein möchte, und das alles unter starkem amerikanischem Einfluss. Das symbolische Bild des „polnischen Klempners“, der den Franzosen die Arbeitsplätze wegnimmt und schwarz arbeitet, machte nicht nur den Wählern der extremen Rechten Sorgen, sondern auch anderen Wählerschaften, wie z. B. der „alten Linken“, die in Frankreich dem nationalistischen Diskurs stets nahe stand. Das Referendum zeigte deutlich, dass ein „nationaler Block“ aus der extremen wie der klassischen Rechten wie Linken in Frankreich eine echte politische Kraft darstellt. Es entkräftet die

6 Gérard Grunberg / Christian Lequesne: „France. Une société méfiante, des élites sceptiques“, in: Rupnik, Jacques (Hrsg.): Les Européens face à l'élargissement, Paris, Presses de Sciences Po, 2004, S. 49-64.

7 Zitiert in Pascal Perrineau, ebda.

8 Zitiert durch Perrineau, ebda.

These, Frankreich hätte sich seit den 90er Jahren um ein politisches Reformprojekt geschart, das das Ende der „französischen Leidenschaften“⁹ bedeutete. Im Gegenteil, das Referendum vom 29. Mai 2005 enthüllte einen Charakterzug Frankreichs, nämlich den, dass es den Franzosen nach wie vor nicht möglich ist, den Reformismus als legitime politische Haltung zu akzeptieren. Für diese Gruppe ist die Europäische Verfassung schlecht, da sie den Konkurrenzgedanken mit sich bringt, der dem Traum von einer Wirtschaft ein Ende setzt, in der alle Individuen gleich sind, dazu eine Verringerung des staatlichen Eingreifens in die Regulierung sozialer Belange, sowie den Verzicht auf den Aufstand als Art des Ausdrucks der sozialen Unzufriedenheit.

Im Unterschied zu den Anhängern des Nein lag bei den „Ja-Sagern“ die Begründung für ihr Abstimmungsverhalten mehrheitlich in der Natur Europas und zeigte keinen großen Unterschied im Hinblick auf parteipolitische Präferenzen. Der Hauptgrund, der die Wähler Ja zur Verfassung sagen ließ, war ihr Wunsch, „das Gewicht Europas im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und China zu stärken“ (64 %). Alle Wähler, gleich ob sie der Sozialistischen Partei, den Grünen, der UDF oder der UMP nahe stehen, stimmten in etwa im gleichen Verhältnis ab. Die zweite Motivation lag darin, „das Funktionieren eines Europa der 25 zu sichern“ (44 %), hier ebenfalls mit geringen Schwankungen je nach parteipolitischem Hintergrund. Dies unterstreicht, dass ein Teil der Wählerschaft die Osterweiterung der Union von 2004 akzeptiert hat. Schließlich gab es auch die Wähler, die ohne große Überzeugung mit Ja stimmten, um „das Gewicht Frankreichs nicht zu schwächen“ (43 %). Die zuletzt genannte Begründung scheint bei den UMP-Wählern stärker verbreitet gewesen zu sein, die ebenfalls angaben, den Staatspräsidenten nicht schwächen zu wollen.

Das Ergebnis des Referendums vom 29. Mai 2005 zeigt die Kluft auf zwischen der Rechten und der Linken, die beide bei der Verteilung des Ja bzw. Nein gespalten scheinen. Dasselbe Phänomen war im Referendum von 1992 über den Vertrag von Maastricht anzutreffen, ohne dass dies der traditionellen Konfrontation zwischen rechts und links Abbruch getan oder bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1993 und den Präsidentschaftswahlen von 1995 die Oberhand gewonnen hätte. Es ist nicht sicher, ob die Situation nach diesem mehrheitlichen Nein im Referendum über die Europäische Verfassung dieselbe wäre. Wie Pascal Perrineau hervorhebt, macht „die steigende Protestwelle, in der jeder der zahlreichen Parteiführer eine „undefinierte“ Mehrheit zu seinem eigenen Vorteil nutzen möchte, eine Rückkehr zur friedlichen bipolaren Ordnung des rechts-links immer schwieriger“.¹⁰

Spiegelt das Votum eine französische ... und europäische ... „Malaise“ wider? Spezifisch die Europäische Union betreffend, brachte die Kampagne zum Referendum eine französische Malaise im Hinblick auf den Inhalt der „Verfassung für Europa“ ans Licht. Zwar erweisen sich einige Aspekte als typisch französisch, andere könnten jedoch eine allgemeine Krise der Europäer bezüglich ihrer Union aufzeigen, deren Schaffung weitgehend ohne die Beteiligung der Europäer von statten geht.

Europa ist in den Augen der Franzosen zu „liberal“

Zunächst wurden in den Debatten einige Auszüge aus Artikel I-3 VVE zu den Zielen der Union, wie z.B. dem „freien und unverfälschten Wettbewerb“ oder einer „in hohem Maße wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“, regelmäßig von den Anhängern des Nein zitiert, um ein allzu liberales und zu wenig soziales Europa anzuprangern, das zu bedacht

⁹ Vgl. Perry Anderson: *La pensée tiède. Un regard critique sur la culture française*, Paris, Seuil, 2005.

¹⁰ Pascal Perrineau, ebd.

auf die Märkte sei und zu wenig auf die Europäer. Insbesondere der Ausdruck „soziale Marktwirtschaft“ wurde von einem Teil der französischen Linken nicht als zufriedenstellender Kompromiss betrachtet. Auf dem Europäischen Verfassungskonvent verständigte man sich auf diesen Begriff und auch die Linke billigte ihn. Allerdings handelt es sich um einen Begriff, der vornehmlich auf die deutsche Wirtschaft der Nachkriegszeit angewendet wurde, und der den Deutschen mehr sagt als den Franzosen. In diesem Klima bestätigte die Debatte in den Augen vieler gegen den Verfassungsvertrag eingestellter Franzosen das, was die Gegner der Verfassung vorbrachten – nämlich dass die weiteren Ziele von Artikel I-3 VVE, einschließlich der unsäglichen Begriffe „Vollbeschäftigung“ oder „soziale Gerechtigkeit“ nichts weiter als Worthülsen seien. Die Debatte war zusätzlich noch durch die als „Bolkestein-Direktive“ bekannt gewordene Richtlinie der EU angeheizt worden. Diese Richtlinie besagt, dass auf einen Arbeitnehmer das Recht desjenigen Mitgliedslandes angewendet werden muss, aus dem der Arbeitnehmer stammt.

Die Tatsache, dass der Verfassungsvertrag zu den Zielen der Union die „Preisstabilität“ (Artikel I-3 VVE) zählt und es als „vorrangiges Ziel“ der Europäischen Zentralbank bezeichnet, „die Preisstabilität zu gewährleisten“ (Artikel I-30 VVE), wurde ebenfalls weithin als Beweis dafür zitiert, dass Europa sich nicht ausreichend um das Thema Arbeit kümmert. Hier trat der Unterschied zwischen der deutschen und der französischen Wirtschaftskultur deutlich zu Tage. Außerdem akzeptierte die Spitze der Linken in der französischen Politik – aber nicht nur sie – die „liberale“ Ausrichtung des Europäischen Hauses, ohne sich in Frankreich öffentlich dazu zu bekennen. Dies nährte das Misstrauen der Franzosen gegenüber einem liberalen Europa, das ihr eigenes „Modell“ zu bedrohen scheint. Der beliebte Vorsitzende der UMP, Nicolas Sarkozy, erklärte, „das beste Sozialmodell“ sei das, das zu „Arbeit für alle“ führt – eine deutliche Anspielung auf die Tatsache, dass das französische Modell von hoher Arbeitslosigkeit begleitet wird, vor allem unter jungen Menschen.¹¹

Ein immer größeres Europa, immer weniger französisch geprägt

Der zweite Aspekt im europäischen Konstrukt, der zu einem Nein führte, ist die Erweiterung der Europäischen Union und die Perspektive eines Beitritts der Türkei. Die Vertreter der souveränistischen Rechten, wie Philippe de Villiers, unterstrichen zwar, dass der Verfassungsvertrag keine geographischen Grenzen festlegen sollte, dass der Verfassungsvertrag von der Türkei unterzeichnet worden sei und schließlich, dass der Vertrag von Nizza eine Reihe von möglichen Szenarien im Hinblick auf die künftige Zusammensetzung der Institutionen beschreibt, wobei die Türkei keine Erwähnung findet. Dabei wiesen sie allerdings nicht darauf hin, dass die Türkei insbesondere die Gleichheit zwischen „Frauen und Männern“ sowie die Achtung „der Menschenrechte, einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören“ in Artikel I-2 VVE anerkennt. Im zweiten Punkt handelte es sich um die Unterzeichnung der Schlussakte, was sich durch den Beobachterstatus der türkischen Regierung bei der Regierungskonferenz nach dem Europäischen Konvent erklären lässt.

Abgesehen vom Sonderfall Türkei und den Identitätsängsten die Türkei betreffend, plagt Frankreich bei der künftigen Erweiterung der Union ein weiteres Problem: In den ersten Jahren der Gemeinschaft, die einige Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs

¹¹ Le Monde, 02.06.2005.

durch die sechs Gründerstaaten ins Leben gerufen worden war, war Frankreich als Staat auf Seiten der Siegermächte das „dominante“ Land. Bei jeder Erweiterung nimmt das relative Gewicht Frankreichs ab. Dieser schleichende Machtverlust könnte durch größere Überzeugungskraft ausgeglichen werden. Da sie sich zu sehr daran gewöhnt hatten, ihre Punkte automatisch durchzusetzen, fällt es den französischen Akteuren schwer, eine echte Einflussstrategie in der Union zu entwickeln. Ohne dass sie es zwangsläufig so deutlich ausgedrückt hätten, scheinen die Wähler diese negative Entwicklung gespürt und ihren Vorbehalten über das Votum Ausdruck verliehen zu haben.

Europäischer Reformismus trifft auf revolutionären Rausch

Die Kampagne rund um das Referendum brachte eine dritte Facette der französischen „Malaise“ in Europa ans Licht: Die Franzosen lieben die Revolution und echte Konfrontation; das Haus Europa wird jedoch mit kleinen Schritten über Reformen und Konsens errichtet. Vor allem die Tatsache, dass die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1789 und die erste französische Verfassung mit der Französischen Revolution zusammenfielen, lässt die Franzosen „Verfassung“ mit einer Zäsur assoziieren. Auf Seiten der „Neinsager“ herrscht ein revolutionärer Rausch, der diesen Erwartungen entspricht. Dafür sprechen die Worte des Vorsitzenden von ATTAC France, Jacques Nikonoff, der folgendes verlautbaren ließ: „Und wir, die Anhänger des anti-liberalen Nein, wir tragen die Werte des Universalismus und den Geist der Aufklärung durch ganz Europa. Es liegt ein Duft von Valmy in der Luft! In der neuen Schlacht, die sich bei einem Sieg des Nein ankündigt, werden wir die neuen Soldaten des dritten Jahrtausends sein!“¹² Die Schlacht von Valmy fand im Jahr 1792 statt und erinnert an den Siegeswillen der Franzosen: Wider aller Erwartung und zum Klang der Marseillaise errangen die französischen Revolutionäre den Sieg über die preußischen Soldaten!

Eine merkwürdige „Verfassung“

Schließlich führte auch das Wort „Verfassung“ an sich zu einem gewissen Maß an Verwirrung. Sicherlich musste die Wahl des Titels für dieses Werk die Europäer an etwas Bekanntes erinnern. Aber genau weil sich der Begriff „Verfassung“ auf etwas bezieht, das bereits existiert und eine noch nicht vorhandene europäische Realität vorweg nimmt, hat diese Wortwahl den Nachteil, Unverständnis und Ängste zu schüren, Europa könnte an die Stelle der Einzelstaaten treten. In der Vorstellung der Franzosen verweist das Wort „Verfassung“ auf einen kurzen Text, der mit der Vergangenheit bricht, die Neuverteilung der Macht regelt und mit einer gewissen Beteiligung des Volkes einhergeht. Auf dem Postweg erhielten sie einen Text mit einem Umfang von 448 Artikeln, dazu zahlreiche Anlagen, die die bestehenden „Politiken“ der Union näher darlegen, und der erarbeitet wurde, ohne dass sie davon viel gehört hätten.

Da dieser Vertrag alle vorhergehenden ersetzt, muss der Verfassungsvertrag alle Artikel wiederholen, die immer noch Gültigkeit besitzen, und insbesondere die zahlreichen Vorschriften zu den Politiken der Union mit in den Vertrag einbinden, die in einem dritten Abschnitt der Europäischen Verfassung zusammengefasst werden. Dieser Titel III entspricht nicht der Vorstellung der Franzosen von einer „Verfassung“. Die Anhänger des Nein nutzen dies und unterstrichen, dass nur die sowjetische Verfassung auf „Politiken“

¹² Jacques Nikonoff: Que faire du „non“?, 23. April 2005, unter: <http://www.france.attac.org/a4758>

Bezug genommen habe. Mit einem ernsteren Unterton machten sie geltend, dass die Änderungsklausel für diesen Titel dieselbe sei als die, die sich auf die gesamte Verfassung beziehe, und dass die doppelte Mehrheit ein unwahrscheinliches Unterfangen in einer Union mit 25 Mitgliedsstaaten sei. Ein Teil ihrer Aussage kam an – nämlich die Tatsache, dass die Verfassung die (liberalen) Politiken festschreiben würde. In Zukunft würde es nicht schwieriger, die Politiken der Union zu verändern als heute. Die wenigen Veränderungen, die in den Titel IV eingebracht wurden, hätten die Änderungen etwas erleichtern können. Es ist allerdings wahr, dass die in der Europäischen Verfassung vorgesehenen Verfahren, einschließlich der zwei Verfahren zur vereinfachten Änderung von Titel III, zu keinem Bruch mit der Forderung nach einer Mehrheit führen.¹³

Eine französische oder europäische Geschichte?

Am Ende unserer Analyse ist es angebracht, das Referendum als eine typisch französische Angelegenheit und die Entscheidung von Jacques Chirac hierzu als einen Fehler zu bezeichnen, in Anbetracht seiner mangelnden Beliebtheit und der seines Premierministers Jean-Pierre Raffarin, sowie der Tendenz der Franzosen, in jeder Wahl eine andere Mehrheit zu wählen. Aber dies würde rasch darüber hinwegtäuschen, dass die gesamte politische Klasse dieses Referendum forderte, dass das Wort „Verfassung“ an sich eine Befragung des Volkes verlangt und dass zahlreiche andere Mitgliedsstaaten vorgesehen hatten, den Verfassungsvertrag per Referendum ratifizieren zu lassen. Schließlich darf man nicht vergessen, dass der Weiterbau des europäischen Hauses ohne Zustimmung seiner Völker nur schwer vorankommen wird und dass den Europäern mehr Macht übertragen werden sollte. Andernfalls besteht das Risiko, dass man ihnen die Macht erst „nach der Ziellinie“ gibt und sie als Reaktion darauf einen Text ablehnen könnten, an dessen Entstehung sie nicht beteiligt waren. In Frankreich wie in den Niederlanden wurde vielerorts Kritik laut, sei es gegen ein liberales Europa oder die Einführung des Euro, sei es gegen die EU-Erweiterung. Doch sie alle hatten eines gemeinsam: Sie bezogen sich auf den Mangel an Einflussnahme durch die Bürger der Union.

Weiterführende Literatur

Florence Deloche-Gaudez: *La Constitution européenne: que faut-il savoir?*, Paris, Presses de Sciences Po, 2005.

Christian Lequesne/ Rupnik, Jacques: *L'Europe des vingt cinq. 25 cartes pour un jeu complexe*, Paris, Autrement, neue, erweiterte Ausgabe, 2005.

Pascal Perrineau (Hrsg.): *Le vote européen. De l'élargissement au référendum*, Paris, Presses de Sciences Po 2005.

¹³ Florence Deloche-Gaudez: *La Constitution européenne: que faut-il savoir?*, Presses de Sciences Po, 2005, Kapitel 14.